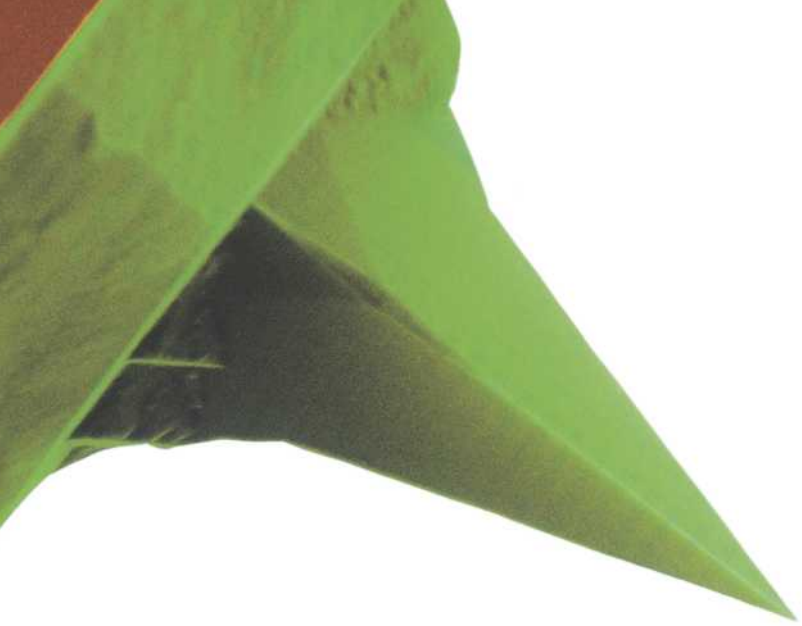


## Die Angst vor dem Ruck

Die Deutschen sollen sich selbstständig machen – doch dabei könnte die Kontrolle über die neue Gesellschaft verloren gehen. Auch deshalb werden Mutlosigkeit und Untertanen-Mentalität staatlich gefördert.

Text : Wolf Lotter    Collage : Sperling

*Die kursiv gedruckten Passagen sind Zitate aus der Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog vom 26. April 1997 im Berliner Hotel Adlon.*



## 1. Deutsche Meister

----- Hans-Joachim Fuchtel, gelernter Jurist und CDU-Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Calw/Freudenstadt, ist ein begeisterter Anhänger der Marktwirtschaft – genauer: deren bundesdeutscher Variante.

Und die ist ein weites Feld: Mal kämpft Fuchtel „für die Ziegen“, denn die „Ziegenhaltung ist in Süddeutschland wieder auf dem Vormarsch“, dann wieder gegen die Schwarzarbeit, den Kraken der Schattenwirtschaft, in die sich immer mehr Arbeitslose flüchten.

Ganz besonders aber hat sich der Abgeordnete einem Thema verschoren, das für ihn den Nukleus der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung darstellt: der Meisterpflicht für Friseure.

Fuchtel und seine 665 Bundestags-Kollegen sind sich da weitgehend einig – und ihr Urteil kommt aus berufenem Mund: Zwar sind zwei Drittel der deutschen Volksvertreter Beamte, Lehrer oder Gewerkschaftsfunktionäre, doch von Rechts wegen – als Abgeordnete in den Parlamenten des Bundes – sind sie Selbstständige.

Waschen, föhnen, legen – so etwas darf nur ein deutscher Meister. Wer das nicht verstehen kann, wie ein 38-jähriger Existenzgründer und Friseurmeister in Brandenburg, der eine angelehrte Hilfskraft in seinem Laden zum Haarfärben auf die Kundschaft losließ, dem wird von Amts wegen das rechtswidrig ausgeübte Handwerk gelegt.

Nach monatelangem Kampf mit Kammern und Behörden aller Art machte der Mann seinen Laden dicht und sich und seine vier Mitarbeiter zum Sozialfall.

Zwar gestattet das Grundgesetz jedem Bürger, der dazu geistig und sittlich in der Lage ist, beim nächsten Drogeriemarkt eine Portion Haarfärbemittel zu erwerben und privat – auf eigenes Risiko – anzuwenden. Doch wenn die Kolorierung in einem Friseurladen erfolgt, braucht es dazu einen Meister, zertifiziert durch die Industrie- und Handelskammer und legalisiert durch die aus dem Mittelalter stammende Handwerksordnung. Ohne Meister keine Moneten – zumindest nicht legal.

Das ist auch gut so, wenn man Hans-Joachim Fuchtel, der auf Bürgerkontakt-Veranstaltungen mit dem Titel „Haarelassen für einen guten Zweck“ für die Unverbrüchlichkeit der Meisterprüfung wirbt, und seinem Weggefährten Klaus Windeck, dem Chef der Potsdamer Handwerkskammer, Glauben schenkt. Denn, so Windeck: „Es gibt keine vergleichbare Berufsbefähigung, die annähernd so umfassend und gezielt auf eine unternehmerische Selbstständigkeit vorbereitet.“

Davon abgesehen, wettern Fuchtel und Windeck gern gegen „Bürokratie und Regelflut“, die vor allem die weit mehr als 600 000 deutschen Meisterbetriebe treffe.

Die Vertreter des Volkes handeln nach einer eisernen Maxime: Selbstständigkeit ist okay, solange sie nicht außer Kontrolle gerät.

*Bill Gates fing in einer Garage an und hatte als junger Mann schon ein Weltunternehmen. Manche sagen mit bitterem Spott, dass sein Betrieb bei uns schon an der Gewerbeaufsicht gescheitert wäre (...). Um deutsche Regulierungswut kennen zu lernen, reicht schon der Versuch, ein simples Einfamilienhaus zu bauen.*

## 2. Allianz der Verlierer

In Bielefeld spendiert der 41-jährige holländische Bautischler Peter seinem Kollegen Klaus ein Bier – und Worte des Trostes. Das hat seinen guten Grund: Als Niederländer und EU-Bürger darf Peter in Deutschland nageln, hobeln und sägen, als ob es kein Morgen gäbe, die liberale Handwerksordnung seiner Heimat gestattet das. So fährt der selbstständige Unternehmer, der allseits geschätzte Handwerksarbeit liefert, ohne jemals eine Meisterprüfung gemacht zu haben, fast täglich in die Bundesrepublik, wo sein Geschäft brummt: Mit 30 Euro Stundenlohn liegt er immer noch weit unter den Sätzen deutscher Handwerksmeister. Davon lassen sich in seiner Heimat, sagt er, „auch noch gut Steuern und Versicherungen zahlen“.

Als deutscher Bürger ohne Meisterprüfung darf Peters Freund Klaus, ein gelernter Dachdecker, jederzeit aufs Arbeitsamt oder zur Sozialhilfekasse, aber auf keinen Fall an die Arbeit. So schlägt der 32-Jährige seine Nägel als Schwarzarbeiter ein – Freund Peter vermittelt. Man hat genug zu tun.

Illegale Dauerwellen und nicht standesordnungsgemäßes Nageln und Hämmern sind europäische Unikate. Eine halbe Million Arbeitsplätze, so die Berechnungen von Experten, könnten durch eine Anpassung der starren deutschen Handwerksordnung an europäische Verhältnisse geschaffen werden. Doch hier zu Lande unterliegen selbst Nachtwächter der gewerkschaftlichen Tariftreue-Pflicht.

„Der Staat sorgt mit seinen Unselbstständigkeits-Verordnungen punktgenau dafür, dass die Bürger eine Schattenwirtschaft aufbauen, weil es in der offiziellen gar nicht mehr möglich ist, eigenverantwortlich etwas zu unternehmen“, sagt Max Schön, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer (ASU). Der Lübecker Mittelständler Schön und sein Verband, der 6500 selbstständige Unternehmer mit mehr als 1,7 Millionen Mitarbeitern vertritt, legt sich regelmäßig mit beiden Seiten der Bundesversorgungsrepublik an: „Die Handwerksordnung schützt die Verlierer, die, die keinen Wettbewerb wollen, die Besitzstandswahrer – und sonst niemanden.“

## 3. Außer Kontrolle

Was die Kammern in ihrer Regulierungswut übrig lassen, das nimmt dankbar die Gewerkschaft auf. So ist Deutschland das einzige Land der Welt, in dem es ein Scheinselbstständigen-Gesetz gibt. Mit fragwürdigem Erfolg. Die Regelung gilt in neuen

Branchen wie Informationstechnik und Kommunikation als Jobkiller mit Garantie.

Das umstrittenste Sozialwerk der rot-grünen Regierung wurde zwar gleich nach Amtsübernahme im Herbst 1998 von ihr im Eiltempo durchgeboxt, doch entwickelt wurde es bereits unter der Regentschaft Helmut Kohls. Bei tarifpartnerschaftlichen Beratungen kam auch das dubiose Betriebsverfassungsgesetz zustande, das Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeiter zwingt, einen Betriebsrat vom Dienst freizustellen. Der Gesetzestext erzählt wenig von erweiterter Mitbestimmung, aber jede Menge von mehr Dienstverhältnissen – für Funktionäre, denn, so Erich Klemm, Gesamtbetriebsrat der DaimlerChrysler AG: „Jetzt sind wir mal dran.“

Mit „wir“ sind freilich nicht die Mitarbeiter gemeint, sondern die 200 000 hauptamtlichen Betriebsräte Deutschlands, die durch das Gesetz viele neue Kollegen bekommen. Das Gesetz soll als Bremskraftverstärker dienen: Seit mehr als einem Jahrzehnt laufen dem DGB die Mitglieder davon, die Kassen sind leer, neues Terrain für Beschäftigung findet sich nur in den bisher organisationsfreien Nischen der Klein- und Mittelbetriebe.

Doch die Funktionäre haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Der nämlich ist durch beständigen Staatsbefall nicht mehr in der Lage, die 50 000 Euro aufzuwenden, die ein freigestellter Betriebsrat pro Jahr kostet. Deshalb wird der Mitarbeiterstand auf unter 200 zurechtgestutzt.

Gut möglich, dass sich die Opfer der DGB-Interpretation des Bündnisses für Arbeit also selbstständig machen – müssen. Bei Wirtschaftsminister Werner Müller, der einige Monate lang tapfer gegen den von Arbeitsminister Walter Riester durchgedrückten Gesetzestext hielt, können sich Selbstständige in spe die ersten und wichtigsten Tipps holen: Auf den Web-Seiten des Wirtschaftsministeriums zum Thema Existenzgründer wird nicht lange herumgefackelt. Wer die Rubrik Gründerthema anklickt, bekommt zuallererst den Tipp: „Rechnen Sie mit dem Finanzamt“ serviert: „Das Thema Steuern sollte unbedingt bereits vor dem eigentlichen Unternehmensstart auf der Prioritätenliste ganz oben stehen.“

*Ich meine, wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag zu Gunsten der Zukunft. Alle, wirklich alle Besitzstände müssen auf den Prüfstand. Alle müssen sich bewegen. Wer nur etwas vom anderen fordert (...), der bewegt gar nichts.*

#### 4. Rahmenbedingungen

Doch sind es wirklich nur die um ihren schwindenden Besitzstand fürchtenden Kammern, Gewerkschaften und die ihnen angeschlossenen Anstalten in der Politik, die eine Trendwende zu mehr Selbstständigkeit verhindern?

Die Wurzeln der deutschen Unselbstständigkeitskultur ragen weit in die Vergangenheit und machen die Schizophrenie der Ver-

hältnisse erst möglich, in denen die Politik einerseits Selbstständigkeit behindert, andererseits flächendeckend einfordert. Das gespaltene Verhältnis der Deutschen zur Selbstständigkeit lässt sich eindrucksvoll belegen. Nach einer aktuellen Studie des Hamburger Freizeit-Forschungsinstituts fühlen sich 89 Prozent der Deutschen als unselbstständig Erwerbstätige wohl: Nur knapp ein Zehntel aller Erwerbstätigen will selbstständig sein. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine neue Studie des Unternehmensberaters McKinsey: Zwar finden neun von zehn Deutschen Selbstständigkeit an und für sich toll, doch ebenso viele überlassen es lieber den anderen, sich mit dem auseinander zu setzen, was die Berater vornehm „Rahmenbedingungen“ nennen.

Das kann ASU-Präsident Max Schön durchaus verstehen: „Wir haben eine extrem kurze marktwirtschaftliche Tradition, die erst nach 1945 beginnt und die über weite Strecken mit einem eigenen Angestellten-Ethos versehen war. Unternehmen haben ein schlechtes Image, und Selbstverwirklichung ist in Deutschland ein Unwort. Aber genau die treibt Unternehmer und Selbstständige an.“

So halten, einer Umfrage der »VDI-Nachrichten« vor drei Jahren zufolge, 67 Prozent der Bundesbürger Unternehmer für „willensstark“ und immerhin 56 Prozent noch für „tüchtig“. Doch fast genauso viele der Befragten, nämlich 53 Prozent, sind davon überzeugt, dass der selbstständige Kapitalist „egoistisch ist und nur an seine Interessen denkt“ und „kein Verständnis für die Sorgen der kleinen Leute hat“.

Die Haltungen des so genannten kleinen Mannes kommen nicht von ungefähr. Die Eliten des Landes waren nur in den seltensten Fällen selbstbewusst, selbstständig und froh, ihr eigener Herr zu sein. Während europäische Großmächte wie England und Frankreich im 17. und 18. Jahrhundert durch Revolutionen eine selbstbewusste bürgerliche Gesellschaft in Gang brachten, die sich trotz vielfältiger Versuche nie wieder in ihre Schranken weisen ließ, kam die Freiheitsliebe erst spät nach Deutschland.

Als die Nachzügler, angespornt durch die Ereignisse in ganz Europa und beflügelt durch die Möglichkeiten der industriellen Revolution, endlich im Jahr 1848 den despotischen deutschen Fürsten Widerstand leisteten, stellte sich rasch heraus, dass der deutsche Revolutionär mit der eben erst heiß erkämpften Freiheit wenig anzufangen wusste. Gerade hatte sich das in der Frankfurter Paulskirche versammelte erste deutsche Parlament notdürftig eingerichtet, lehnte es sich schon an die alten Herren an: Im Frühsommer 1848 dienten die Aufständischen dem Habsburger-Spross Erzherzog Johann die Würde eines Reichsverwesers an.

Als der sich etwas weniger liberal entpuppte, als das den ersten deutschen Parlamentariern recht sein konnte, beknieten sie den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., ihnen den Kaiser zu machen. Doch der gelehrte deutsche Herrscher lehnte locker ab. „Das Ding“, wie er die Kaiserkrone von Untertanens Gnade nannte, wolle er nicht haben. >

Die Liebe des deutschen Untertanen zu seinem Herrn ist oft enttäuscht worden – aufgegeben hat er sie nie.

*Ich vermisse bei den Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien und gesellschaftlichen Gruppen die Fähigkeit und den Willen, das als richtig Erkannte auch durchzusetzen. Es kann ja sein, dass einem einmal der Wind der öffentlichen Meinung ins Gesicht bläst. Unser Land befindet sich aber in einer Lage, in der wir es uns nicht mehr leisten können, immer nur den Weg des geringsten Widerstands zu gehen.*

## 5. Der Bock als Gärtner

Doch es sind nicht allein die landläufigen deutschen Vorurteile gegen Unternehmer und Selbstständige, die die Stimmung so schlecht machen. Es sind vor allem die Eliten aus Politik, Bildung und leitende Angestellte, die Manager, die mit dem Zustand der Selbstständigkeit und dem Unternehmertum besondere Probleme zu haben scheinen. Wer vermutet, dass Vorstände und Geschäftsführer mit festen Angestelltenverträgen und Abfindungsansprüchen anders ticken würden als die mit Freiheitsängsten kämpfende Masse, irrt – und zwar gewaltig.

Dafür gibt es gute Gründe: Der soziale Ausgleich findet ausschließlich zwischen den Spitzen der Interessenvertretungen und der Regierung statt. Am grünen Tisch treffen sich die Vertreter von Großkonzernen, Gewerkschafter, Politiker. Eine morbide Runde, die sich die Republik so einrichtet, wie sie es braucht.

In einer 1999 durchgeführten Befragung im Rahmen des Global Entrepreneurship Monitor (GEM) wurden die Einstellungen von Bürgern aus OECD-Staaten gegenüber Selbstständigen festgehalten. Die Frage „Haben Sie Vorbehalte gegenüber erfolgreichen Unternehmensgründern?“ beantworteten 30 Prozent der befragten Bundesbürger mit „Ja“, etwa dreimal so viele wie in den USA. Die gleiche Frage, gestellt an „Experten“, also den Angehörigen der gesellschaftlichen Elite, wurde von jedem Zweiten mit „Ja“ beantwortet, ein internationaler Spitzenwert, der in keinem Land, in dem die Befragung erfolgte, auch nur annähernd erreicht wurde.

Kurz und Gut: Die Nachkriegs- und 68er-Generation, die heute in Politik und Wirtschaft das Sagen hat, hält Selbstständigkeit für ein Grundübel oder wenigstens für eine fragwürdige Angelegenheit. Handfeste Erfahrungen damit machte 1997 der damalige Bundespräsident Roman Herzog. In seiner viel beachteten Rede im Hotel Adlon, bekannt geworden unter dem Titel „Ruck-Rede“, ging das Staatsoberhaupt mit der deutschen Unselbstständigkeits-Mentalität hart ins Gericht.

Kaum war die Rede veröffentlicht – und vor allem im Ausland staunend und positiv aufgenommen worden – meldete sich neben vielen besorgten Stimmen aus dem derart gescholtenen Establishment auch ein handverlesener Stoßtrupp der Eliten. Angeführt

vom Physiker Hans-Peter Dürr, schreibt die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. einen offenen Brief, in dem sie Herzog leicht verschnupft die Frage stellt: „Gehen Sie in Ihrem Entscheidungspathos, Ihrem Tun- und Machensdrang ohne zureichende Güterabwägung, nicht zu weit? (...) Ist Ihr Aufruf, alle Schleusen des Innovationsstaus zu öffnen und der Devise eines uneingeschränkten Laissez innover zu folgen, nicht das falsche Signal?“ Viele Seiten und Vorwürfe später lässt Dürr die Katze aus dem Sack: „Wie soll eine Gesellschaft, in der ökonomische Konkurrenz bis in die Vorschule hinunterreicht (...), mehr Bürgerinnen und Bürger zu Solidarität ermuntern?“

Dass sich Solidarität und Marktwirtschaft ausschließen, ist ein Gassenhauer der deutschen Eliten. Bildungs- und Lebensführungsideal bleibt dabei der bekannteste Deutsche, Johann Wolfgang von Goethe, der als Mittzwanziger Beamter wurde, ein Leben lang damit haderte, aber unterm Strich ein gutes Auskommen hatte.

Bemerkenswert daran ist im Grunde nur, dass dabei der Bock auch Gärtner ist: „Wann immer es in Deutschland heute um eine Kurskorrektur zu mehr Selbstständigkeit und damit mehr demokratischem Bewusstsein geht, werden die wichtigsten Entscheidungen von einer Generation getroffen, die schon mit dem Begriff Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nichts anzufangen weiß“, so Max Schön: „Das ist mit einer der wesentlichen Gründe, warum Selbstständigkeit in Deutschland als nicht erstrebenswert gilt.“

*Was ist los mit unserem Land? (...) Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise. Sie bilden einen allgegenwärtigen Dreiklang, aber einen Dreiklang in Moll. (...) Überall in der Welt – nur nicht bei uns selbst – ist man überzeugt, dass die Deutschen es schaffen werden.*

## 6. Extremismus

Für den wissenschaftlichen Leiter des GEM-Projektes, den Kölner Wirtschaftsprofessor Rolf Sternberg, sind solche Haltungen – wie auch der aktuelle Stand der Selbstständigkeit im Lande – „besorgniserregend“.

Seit 1996 misst Sternberg im GEM-Projekt das Gründerklima der Republik. „In diesen sechs Jahren haben sich die Rahmenbedingungen durchaus auch verbessert“, sagt er, „es wird nicht alles schlechter.“ Immerhin: „Vor 20 Jahren war Selbstständigkeit noch ein Schimpfwort in Deutschland. Heute ist es allmählich salonfähig.“

Die Betonung, das will Sternberg genau verstanden haben, liegt auf „allmählich“, das sprichwörtliche „Bohren in harten Brettern, unter denen man die gesamte deutsche Selbstständigkeits-Debatte sehen muss“.

Einerseits fehle es den Deutschen, egal, ob Angehöriger der Eliten oder einfacher Bürger, schlicht an Erfahrungen im Umgang mit Selbstständigkeit. Dazu kommt etwas, was der Kölner Wissenschaftler schlicht als eines der Symptome der „Deutschen Krankheit“ ausmacht: „der Hang zum Extremen, ein Fehlen an Maß und Vernunft“.

Tatsächlich kamen die Deutschen zum neuen Selbstständigkeitsbegriff wie die Jungfrau zum Kind. Als Staaten wie Großbritannien, Frankreich, Italien und die skandinavischen Länder, die in den siebziger Jahren noch allesamt als ausgeprägte Sozialstaats-Nationen mit durchgängiger Angestelltenmentalität bekannt waren, im Laufe der achtziger Jahre die Zeichen klar auf eine liberale Wirtschaftspolitik stellten, vergaß die deutsche Politik, aber auch der größte Teil der Wirtschaftseliten in Deutschland, aus den Untertanen und Angestellten mündige Bürger zu machen.

Als die Erfolge der neuen Wirtschaft aus den USA und in Großbritannien Mitte der neunziger Jahre unübersehbar wurden, wurde abrupt das Steuer herumgerissen: „Gründer, vor allem jene in den IT-Bereichen der New Economy, wurden schlagartig zum neuen Leitbild ernannt“, sagt Sternberg, und ebenso schnell, mit der Krise des Neuen Marktes, wieder zu den Buhmännern der Nation. Sternbergs Resümee: „Das ist – man muss es leider so sagen – typisch deutsch, die Einschätzungen fallen von einem Extrem ins andere.“ Die neue Depression hat keine faktischen Gründe. In keinem europäischen Land gibt es, weiß Sternberg, so gute Förderbedingungen wie hier zu Lande, und „und nirgendwo anders wissen die, die es angeht, so wenig darüber“.

*Nur zu leicht verführt Angst zu dem Reflex, alles Bestehende erhalten zu wollen, koste es, was es wolle. Eine von Ängsten erfüllte Gesellschaft wird unfähig zu Reformen und damit zur Gestaltung der Zukunft. Angst lähmt den Erfindergeist, den Mut zur Selbstständigkeit, die Hoffnung, mit dem Problemen fertig zu werden.*

## 7. Scheitern verboten!

Vor einigen Jahren führte Sternberg eine Umfrage unter 40 000 Studenten durch. Gesucht wurde nach den Ursachen, die nach Meinung der künftigen Führungskräfte Unternehmensgründungen verhindern würden. Das Resultat: „Die allermeisten Befürchtungen, Ängste und Vorurteile über das schlechte Gründerklima haben wenig mit der Realität zu tun. Wirklich bedenklich ist eigentlich die Uninformiertheit und Unsicherheit, die zum Thema herrscht.“

Auch Trend- und Freizeitforscher Horst Opaschowski kennt die Antwort auf die Frage, warum viele Deutsche das Wagnis des Unternehmertums nicht eingehen wollen: „Wagniskultur ist für die Jugend ein Fremdwort geblieben.“ In einer Studie des Freizeit-Forschungsinstituts der British American Tobacco (BAT) orte-



ten die Trendforscher bei den 18- bis 34-Jährigen ein Sicherheitsdenken erster Ordnung: Nur einer von zehn würde die sichere Anstellung zu Gunsten der Selbstständigkeit aufgegeben. Opaschowskis messerscharfe Analyse: „Noch dominiert das Leitbild des Industriezeitalters – der unselbstständig und abhängig Beschäftigte, für den Versorgungsmentalität attraktiver als Unternehmerrisiko ist.“

*Wäre es nicht ein Ziel, eine Gesellschaft der Selbstständigkeit anzustreben, in der der Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und in der er das nicht als Last, sondern als Chance begreift? Eine Gesellschaft, in der nicht alles vorgegeben ist, die Spielräume eröffnet, in der auch dem, der Fehler macht, eine zweite Chance eingeräumt wird. Eine Gesellschaft, in der Freiheit der zentrale Wert ist und in der Freiheit sich nicht nur durch die Chance auf materielle Zuwächse begründet.*

Dass viele Existenzgründer in den ersten drei Jahren scheitern, liegt nach offizieller Lesart der Deutschen Ausgleichsbank zu zwei Dritteln an chronischen Finanzierungsmängeln, knapp gefolgt von dem Faktor „Uninformiertheit“ mit 61 Prozent. In dem Begriff steckt allerhand: Offiziell dient er zur Legitimation hoher Insolvenzzraten – die Jungunternehmer wüssten eben >

nicht, was zu tun sei. Die Tatsache, dass der Staat und seine Institutionen den Gründer dazu zwingen, deutlich mehr für den Erhalt der Besitzstandswahrgesellschaft zu arbeiten und gleichzeitig auch noch eine enorme Bürokratie bedienen müssen, bleibt ungenannt: Um die von Gewerkschaft, Unternehmerverbänden und Regierung im harmonischen Dreiklang produzierten bürokratischen Dienste zu erledigen, braucht ein Kleinbetrieb mit fast 62 Jahresstunden pro Mitarbeiter elfmal länger als ein Großkonzern.

Die Ängste der Deutschen vor der Selbstständigkeit haben noch eine wichtige Ursache: Nirgendwo ist Scheitern so stigmatisiert wie hier zu Lande. Wer Risiken auf sich nimmt, kann scheitern. Unternehmerrisiko ist immer eine Frage der Rahmenbedingungen. Andere Kulturen lassen es zu, mit Niederlagen nicht nur fertig zu werden, sondern die dabei gewonnenen Erfahrungen für einen Neubeginn zu nutzen. „Man kann nicht behaupten, dass die Deutschen besonders fehlertolerant sind“, sagt Schön. „Über der Republik hängt ein Schild, auf dem steht: Scheitern verboten!“ Ganz neu, sinniert Schön, sei das nicht: „In den Hansestädten wurden im Mittelalter Bürgermeister, die eine Schlacht verloren, von ihren eigenen Leuten geköpft.“ Wer aus Fehlern lernen will, muss wissen wollen, dass er welche gemacht hat.

## 8. Onkel Toms neue Mitte

Die Protagonisten der neuen Selbstständigkeit haben es schon aufgegeben, so scheint es, zu hoffen, dass sich der dringend notwendige Wandel zu mehr Eigenverantwortlichkeit und einer neuen Freiheitsliebe in weniger als ein, zwei Generationen durchzusetzen vermag. Wirtschaftsunterricht in Schulen und Projektunterricht, bei dem den Bürgern von morgen mehr Selbstständigkeit und gleichsam die damit untrennbar verbundene Pflicht gelehrt werden soll, Verantwortung für andere mitzutragen, sollen wenigstens der nächsten Generation eine liberale Haltung geben, die aller Voraussicht nach vom Staat nichts mehr zu erwarten hat außer einem gewaltigen Schuldenberg.

Damit sich alle über diesen künftigen gesellschaftlichen Normalzustand einig sind, bräuchte es freilich etwas Recht und Freiheit – Ingredienzen, die auf der Liste der Verteidiger des Angestelltenstaates fehlen, der von Selbstständigen finanziert werden soll.

Konsequenterweise sollen deshalb auch Zuwanderer als neue Selbstständige herhalten – und so nach dem Willen von SPD und CDU/CSU gleich zweimal die Rolle des nützlichen Idioten übernehmen: Zum einen füllen sie das demografische Loch, sorgen für Renten- und Krankenkassenbeiträge, Steuern und Abgaben, die ihrer Höhe wegen weltweit bestaunt werden.

Sie sollen das aber als Selbstständige unter rechtlichen Rahmenbedingungen tun, die ihnen diese Pflichten erschweren. Gesucht wird ein Menschentyp, dem es nichts ausmacht, in einem Land zu leben, das ihn im Grunde als Ausländer nicht haben will,

das aber seine außerhalb der alten Sozialsysteme und ihrer Privilegien geleistete Arbeit zum Überleben braucht. Ein Menschentyp, der intelligent und bestens ausgebildet sein muss, um die Zuwanderungskriterien zu erfüllen. Ein Menschentyp, der sich bei all dem auch noch der deutschen Leitkultur freudig anpasst – kurz und gut: ein Onkel Tom der neuen Mitte.

Falls sich ein paar Millionen von dieser Sorte finden, kann im Grunde nichts schief gehen. Falls nicht, müssen die Verteidiger des postindustriellen Sozialstaates eine neue Rechnung aufmachen. Schon die heute vorhandenen Zwischensummen sind wenig ermunternd: Auf einen Selbstständigen kommt in Deutschland ein Beamter beziehungsweise Angestellter im öffentlichen Dienst.

Bis 2030, so hat die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung errechnet, werden allein die Kosten für die Krankenversicherung pro Mitglied von heute rund 2500 auf mehr als 6200 Euro steigen. „Slow Motion Country ist reformunwillig“, sagen mittlerweile selbst die SPD-Berater der Friedrich-Ebert-Stiftung.

*Ich rufe auf zu mehr Selbstverantwortung. Ich setze auf erneuerten Mut. Und ich vertraue auf unsere Gestaltungskraft. Glauben wir wieder an uns selber. Die besten Jahre liegen noch vor uns.*

## 9. Fehlbeträge

Selbstständige sind so bestenfalls Bürger zweiter Klasse – Ersatz für das Auslaufmodell des Vollerwerbs-Arbeitnehmers, an dessen Zukunft nicht mal die Experten des DGB glauben, die in einer Studie aus dem Vorjahr für 2010 das so genannte „Normalarbeitsverhältnis“ als Minderheitenprogramm ausgemacht haben. Schon jetzt sind fast 50 Prozent aller deutschen Unternehmer Einzel-täter: Sie beschäftigen nur sich selbst. Dass die Zahl der Selbstständigen wächst, ist keine Frage der Mathematik, sondern des politischen Standortes.

So stritten im Vorjahr Walter Riester und CSU-Chef Edmund Stoiber über die Frage, ob denn nun durch Scheinselbstständigengesetz & Co das Land nun mehr oder weniger Unternehmen haben würde. Riester machte für das Jahr 2000 insgesamt 3,982 Millionen Selbstständige aus – ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 34 000. Stoiber zählte ein Minus von 50 000 Selbstständigen.

Die Rechnung der beiden beweist nur, wie ernst die Selbstständigen-Beschwörungen der Politiker zu nehmen sind. Das Statistische Bundesamt wies für das Jahr 2000 in Summe 3,6 Millionen Selbstständige aus. Ein Fehlbetrag von mehr als 300 000 Menschen, die mehr Risiko tragen als die, die sie zählen, ein Zählfehler, der in Berlin und München nicht weiter auffällt.

„Die Wahrheit“, schrieb Ingeborg Bachmann, „ist dem Menschen zumutbar.“

Mit den Schattenboxern der Besitzstandswahrgesellschaft hatte sie dabei nicht gerechnet. - - - - |